Freiheit verteidigen, die Partei neu aufstellen, für Demokratie begeistern.



Liebe Genossinnen und Genossen,

wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns auch in schweren Zeiten zu bewähren. Das ist unsere historische Verantwortung. Wir haben in der Landtagswahl am 6. September standgehalten. Aber mit dem Ergebnis können und dürfen wir nicht zufrieden sein. Ich bin es nicht. Unserem Land droht eine von Rechtsextremen geführte Regierung. Für das Land und die Menschen ist das eine Katastrophe. Aber 122.000 Menschen haben uns gewählt. Mehr als 2021. Jede Stimme erfüllt mich mit Demut. Jede Stimme weckt in mir den Anspruch, dem gerecht zu werden, was wir versprochen haben: Wir sind der Deich – und wir halten Stand, wenn eine blaue Welle hereinbricht. Nicht aus Selbstzweck, sondern um die Menschen, Institutionen und unsere Überzeugungen zu schützen.

Ich weiß, dass viele von Euch sich fragen, ob sich all das Klinkenputzen, die Wahlkampfstände und die Abende in politischen Veranstaltungen noch lohnen. Ob unsere politische Arbeit einen Sinn hat, wenn doch so viele, deren Interessen wir vertreten, unsere Antworten ablehnen. Ich habe mir diese Frage auch gestellt. Meine Antwort ist: Ja. Jetzt erst recht! Es ist mir eine Ehre, meine Kraft und meine Erfahrung in den Dienst dieser Aufgabe und meiner Partei zu stellen. Deshalb bewerbe ich mich – gemeinsam mit Juliane Kleemann – erneut um den Landesvorsitz.

Unser zentrales Versprechen bleibt, dass jede Stimme in unserer Partei Raum erhält und Respekt genießt. Ich bin 1991 in Halle in die SPD eingetreten, war dort Stadtrat, Ortsvereinsvorsitzender und Stadtverbandsvorsitzender. Als Abgeordneter des Landtags arbeite ich für den Saalekreis. Die großen Städte und den ländlichen Raum zusammenzubringen, sehe ich als meine Aufgabe sowohl in der Partei als auch im Landtag.

Die Sozialdemokratie hat immer ein breites Spektrum an verschiedenen Sichten darauf unter einem Dach vereint, was Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Einzelnen bedeuten und wie diese Werte in politisches Handeln zu übersetzen sind. Das ist unsere Stärke.

Die Freiheit ist das wichtigste Gut, das wir haben. Ich war 19 Jahre alt als die friedliche Revolution unserem Land die Freiheit gebracht hat. Ich erinnere mich gut daran, wie es war, als Menschen von oben gesagt wurde, was sie zu denken und wie sie zu leben haben. Gerade deshalb kämpfe ich dafür, dass Menschen in unserem Land sich als Staatsbürger betrachten und nicht als Untertanen. Gerade deshalb überlassen wir den Feinden der Demokratie keinen Zentimeter. Gerade deshalb will ich keine SPD, die den Leuten erklärt, warum etwas alternativlos ist. Ich will eine SPD, die ihnen zuhört und dann für sie kämpft.

Kämpfen heißt für mich: Klartext bei den Fragen, über die in Berlin gerade entschieden wird. Die Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren trage ich nicht mit. Wer mit 17 oder 18 angefangen hat, egal ob auf dem Bau, in der Pflege, im Chemiepark, an der Supermarktkasse oder im Büro, hat sich seinen Ruhestand verdient. Das ist eine Frage des Respekts vor Lebensleistung. In Ostdeutschland ist es erst recht eine Frage der Gerechtigkeit. Die meisten sind auf die gesetzliche Rente angewiesen. Als Finanzpolitiker weiß ich, dass ein gerechtes Rentensystem sehr wohl finanzierbar ist.

Ich sage genauso klar: Die Haltelinie von 48 Prozent beim Rentenniveau muss bleiben. Wer von Beschäftigten mehr verlangt, muss auch fragen, wer sich bisher dem Solidarsystem entzieht. Ein Rentenpaket, das diese Gegenleistung nicht bietet, werde ich als Landesvorsitzender nicht billigen und nicht schönreden.

Im Schnitt zahlen Pflegebedürftige im ersten Jahr im Heim inzwischen mehr als 3.000 Euro im Monat aus eigener Tasche. Das ist keine abstrakte Zahl. Das sind Eltern, die ihr Haus verkaufen, und Familienangehörige, die nicht

ein noch aus wissen. Der Kabinettsentwurf zum Pflegeneuordnungsgesetz gibt darauf keine Antwort. Er streicht Menschen mit Pflegegrad 1 den Entlastungsbetrag von 131 Euro, er verschärft die Begutachtung, und er lässt den Pflegedeckel liegen, den wir für 1.500 Euro gefordert haben. Wir brauchen eine Pflegeversicherung, in die alle einzahlen, einen Finanzausgleich mit der privaten Pflegeversicherung und endlich einen Deckel bei den Eigenanteilen. Und die Rentenbeiträge pflegender Angehöriger müssen unangetastet bleiben.

Hinter beiden Debatten, Rente und Pflege, steckt dieselbe Frage: Wer trägt die Lasten dieses Landes? Nicht immer dieselben! Wer ein Leben lang arbeitet, darf nicht der Verlierer jeder Haushaltslücke sein, während große Vermögen und Erbschaften unterproportional zum Gemeinwohl beitragen. Eine SPD, die das nicht ausspricht, braucht niemand.

Das Gegenmittel ist eine SPD, die man vor Ort trifft, mit der man reden kann und die Wort hält. Eine SPD, die in Berlin nicht nur “mit Bauchschmerzen” mitregiert, sondern etwas durchsetzt und die in Magdeburg mutig die Demokratie schützt.
Wir werden die freiheitliche Demokratie verteidigen, gemeinsam mit den Vielen, die in den letzten Wochen und Monaten gezeigt haben, was dieses Land zu bieten hat. Eine vielfältige, engagierte und motivierende Zivilgesellschaft. Ob Heimatverein, Kirche, Gewerkschaft oder Sportverein: so viele haben sich mutig auf die Seite der Demokratie gestellt. Sie haben Stellung bezogen. Ihnen sind wir es schuldig, uns schützend vor sie zu stellen. Und allen Mut zu machen, sich auch weiterhin auf die Seite der Freiheit zu schlagen.
Dafür müssen wir mehr oder zumindest neu “Demokratie wagen”. Es geht um mehr als das Verteidigen von Regeln und Behörden. Viele Menschen empfinden politische Meinungsbildung und Entscheidungen als weit weg und undurchschaubar. Sie glauben nicht, selbst etwas bewirken zu können, oder versuchen es gar nicht erst. Hier wollen wir von Grund auf neu ansetzen: Mehr Entscheidungen sollen vor Ort und möglichst von denjenigen getroffen werden, deren Alltag davon berührt wird.

Wir wollen eine Partei sein, die Teil einer gesellschaftlichen Bewegung ist. Unser Anspruch ist dabei auch, solch eine Bewegung anzustoßen, zu formieren und sie auch anzuführen. Bewegungspartei bedeutet, die SPD in Sachsen-Anhalt muss Anlaufstelle für alle werden, denen liberale Demokratie und Fortschritt am Herzen liegen, auch für Menschen ohne Parteibuch. Wir verstecken uns nicht in den Parteiräumen oder hinter Tagesordnungen. Wir sind dort, wo Menschen leben und wo sich Vereine, Initiativen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen engagieren. Dazu gehört, auf dem Dorffest oder der Vereinssitzung präsent zu sein. Das genügt aber nicht. Die Menschen vor Ort erwarten ebenso wie unsere Bündnispartner, dass wir ernsthaft mit ihnen arbeiten und dabei die Probleme nicht aussparen.

Ziel muss es sein, dem Spuk einer rechtsextremen Regierung schnellstmöglich ein Ende zu setzen. Dafür erarbeiten wir schon jetzt Konzepte. Wir wollen ein Bild von einer Zukunft entwickeln, dass sich an den Werten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität misst. Und wir wollen dieses Bild gemeinsam mit den Menschen des Landes entwerfen. Sie wissen, wo der Schuh drückt, in ihrem Betrieb, in der Kita oder bei der Pflege. Das nützt der Sache, macht Mut und verbreitert die Basis demokratischer Meinungsbildung.
Ich will, dass wir in diesem Prozess so viele neue Mitglieder gewinnen, dass unsere Partei wieder wächst. Aus mehr als drei Jahrzehnten Erfahrung wissen wir: das geschieht nicht durch große Kampagnen, sondern durch persönliche Ansprache und persönliches Vorbild. Bei uns kann man viele tolle Leute kennenlernen und einen relevanten Beitrag zu einem besseren Land leisten. Lasst uns das nutzen!

Das alles erfordert, dass wir unsere Gliederungen, unsere Abläufe und die Wege der Willensbildung organisatorisch neu aufstellen und auf diesem Weg um- und fortsetzen, was wir uns in der vergangenen Wahlperiode des Landesvorstandes vorgenommen und was wir begonnen haben. Diesen Weg will ich mit euch weiter gehen. Dafür bitte ich um Euer Vertrauen.

Mit solidarischen Grüßen
Euer
Andreas Schmidt